

IFSW – International Federation of Social Workers: Statement of Ethical Principles. In: <http://ifsw.org/policies/statement-of-ethical-principles> (erstellt 2012, Abruf am 5.4.2014)

Kornbeck, Jacob: Sozialpädagogische Forschungsethik – überfällig oder überflüssig? In: *Soziale Arbeit* 2/2009, S. 47-54

Miethe, Ingrid: Forschungsethik. In: Friebertshäuser, Barbara; Langer, Anja; Prengel, Annedore (Hrsg.): *Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*. Weinheim und Basel 2013, S. 927-937

Miethe, Ingrid; Gahleitner, Silke: Forschungsethik in der Sozialen Arbeit. In: Bock, Karin; Miethe, Ingrid (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Methoden in der Sozialen Arbeit*. Opladen und Farmington Hills 2010, S. 573-581

Miethe, Ingrid; Riemann, Gerhard: Mehr Fragen als Antworten – Überlegungen zu einem selbstkritischen Umgang mit forschungsethischen Problemstellungen in unserer Arbeit. In: Giebeler, Cornelia; Fischer, Wolfram; Goblirsch, Martina; Miethe, Ingrid; Riemann, Gerhard (Hrsg.): *Fallverstehen und Fallstudien. Interdisziplinäre Beiträge zur rekonstruktiven Sozialarbeitsforschung*. Opladen und Farmington Hills 2008, S. 219-236

Ott, Marion: Ethnografische Zugänge zum Forschungsfeld – Machtverhältnisse in Forschungspraktiken. In: Schimpf, Elke; Stehr, Johannes (Hrsg.): *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit*. Wiesbaden 2012, S. 165-180

Reinders, Heinz: *Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen*. Ein Leitfaden. München und Wien 2005

Ruhne, Renate: *Forschung im Feld der Prostitution*. In: *Soziale Probleme* 1/2008, S. 72-89

Steckelberg, Claudia: *Zwischen Ausschluss und Anerkennung. Lebenswelten wohnungsloser Mädchen und junger Frauen*. Wiesbaden 2010

Treuberg, Eberhard von: *Mythos Nichtsesshaftigkeit. Zur Geschichte des wissenschaftlichen, staatlichen und privatwohlthätigen Umgangs mit einem diskriminierenden Phänomen*. Bielefeld 1990

ALLGEMEINES

Asylberechtigte in Deutschland. Ende vergangenen Jahres haben nach Auskunft der Bundesregierung in Deutschland fast 40 000 asylberechtigte Ausländerinnen und Ausländer gelebt. Die drei Hauptherkunftsländer waren die Türkei mit 13 986 Asylberechtigten, der Iran mit 5 954 und Afghanistan mit 2 463 Personen. Die Zahl der zum Jahreswechsel registrierten Menschen mit Flüchtlingsschutz betrug 83 412. Hauptherkunftsländer waren in diesen Fällen der Irak mit 33 661 Personen, der Iran mit 9 626 und Syrien mit 7 466. Nach Paragraph 25 Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes waren 45 299 Menschen mit Aufenthaltserlaubnissen erfasst, die aufgrund bestimmter Abschiebungsverbote erteilt werden. Hauptherkunftsländer waren hier laut Bundesregierung Afghanistan mit 12 610 Fällen sowie Syrien mit 11 717 und Kosovo mit 1 894 Fällen. Die Zahl der zum Stichtag erfassten Personen mit einer Duldung gibt die Bundesregierung mit 94 508 an, die der Ende 2013 registrierten Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung belief sich auf 110 435. *Quelle: hib vom 11.4.2014*

Deutscher Bürgerpreis 2014. Der von der Initiative „für mich.für uns.für alle“ in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag ausgeschriebene Deutsche Bürgerpreis 2014 prämiiert unter dem Motto „Vielfalt fördern – Gemeinschaft leben“ Projekte und Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich für Teilhabe, Toleranz und Akzeptanz engagieren. Bis zum 30. Juni können Vorschläge und Bewerbungen zu den Bereichen „U21“ für Jugendliche bis zum Alter von 21 Jahren, „Alltagshelden“, „Engagierte Teilnehmer“ und „Lebenswerk“ eingereicht werden. Näheres steht im Internet unter www.deutscher-buergerpreis.de. *Quelle: Städtetag aktuell 3.2014*

Ehrenamtliche Vorstände gesucht. Wie Sie Führungskräfte für den Verein gewinnen, entwickeln und binden. Von Katrin Matuschek und Valerie Lange. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Selbstverlag. Bonn 2013, 31 S., kostenlos *DZI-E-0877*

Im Juli 2013 fand in Bonn eine Fachtagung der Akademie Management und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Ehrenamtliche Vorstände gesucht“ statt, deren Ergebnisse in dieser Broschüre festgehalten sind. Im Mittelpunkt stand die Frage, was für eine erfolgreiche Besetzung ehrenamtlicher Führungspositionen in gemeinnützigen Organisationen zu beachten ist. Anhand vieler praktischer Beispiele wird gezeigt, wie ein Vorstandswechsel und die Vorstandsarbeit in Anbetracht der immer komplexeren Aufgaben geplant und gestaltet werden können. Dabei geht es im Einzelnen um die Verteilung der Tätigkeiten, die Kooperation im Team, die Formulierung entsprechender Stellenausschreibungen und die Professionalisierung der Nachwuchsförderung. Konkrete Tipps erleichtern die Umsetzung in die Praxis. Bestellschrift: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische

Akademie, Akademie Management und Politik, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn, Tel.: 02 28/883-0, Internet: www.fes.de

Berliner Inklusionspreis 2014. Der vormalig als Integrationspreis bezeichnete Berliner Inklusionspreis wird dieses Jahr zum zwölften Mal von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ausgelobt und geht an jeweils ein kleines, ein mittelständisches und ein großes Unternehmen, das schwerbehinderte Menschen in vorbildlicher Weise ausbildet oder beschäftigt. Wer an der Ausschreibung teilnehmen möchte, kann sich noch bis zum 15. September dieses Jahres bewerben. Die Verleihung der drei mit einer Geldprämie von jeweils 10 000 Euro dotierten Preise erfolgt am 12. Dezember im Roten Rathaus. Hinweise zu den Formalitäten gibt die Internetseite <http://www.berlin.de/ageso/arbeit/inklusionspreis>. Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales von Berlin vom 22.4.2014

SOZIALES

Verteilung des Etats für Arbeit und Soziales.

Ohne Berücksichtigung der geplanten Rente ab dem 63. Lebensjahr entfallen laut dem derzeitigen Haushaltsentwurf dieses Jahr 82,97 Mrd. Euro des 122 Mrd. Euro starken Etats für Arbeit und Soziales auf Leistungen an die Rentenversicherung (2013: 81,16 Mrd. Euro). Die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende werden auf 31,36 Mrd. (2013: 31,62 Mrd.) veranschlagt, davon 19,50 Mrd. Euro (2013: 18,96 Mrd. Euro) für das Arbeitslosengeld II, 3,90 Mrd. Euro (2013: 4,70 Mrd. Euro) für Unterkunft und Heizung und 3,90 Mrd. Euro für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, die sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert haben. Die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist von 3,89 Mrd. Euro im Jahr 2013 auf geschätzte 5,49 Mrd. Euro für das aktuelle Jahr gestiegen. Quelle: Das Parlament 14.4.2014

„Mein erweitertes Zuhause“. Mehrgenerationenhäuser in Berlin. Hrsg. Paritätischer Wohlfahrtsverband. Selbstverlag. Berlin 2014, 40 S., kostenlos *DZI-E-0853* Mit dem Ziel, die Folgen des demographischen Wandels abzufedern und den Austausch der Generationen zu stärken, wurden in Deutschland in den letzten acht Jahren im Rahmen eines vom Bundesfamilienministerium initiierten Aktionsprogramms 450 Mehrgenerationenhäuser eingerichtet mit niedrigschwelligen Angeboten für verschiedene Zielgruppen wie beispielsweise Seniorinnen und Senioren, pflegebedürftige Menschen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Jugendliche und Menschen mit einem Migrationshintergrund. Diese Broschüre beschreibt das Zusammenleben, das Engagement und die Projekte in den acht in Berlin befindlichen Hausgemeinschaften, die sich in Trägerschaft Paritätischer Mitgliedsorganisationen befinden, ergänzt durch Kom-

9.-10.7.2014 Wiesbaden. Fachtagung: Fremdunterbringung: Arbeit mit Herkunftsfamilien „neu“ denken – Ansätze und Impulse für wirksame Konzepte und Strategien. Information: Hochschule RheinMain, ISAPP, Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden, Tel.: 06 11/94 95 13 04, E-Mail: info-isapp@hs-rm.de

10.7.2014 Nürnberg. Fachtag: Das Pflegekind im Mittelpunkt des Hilfesystems. Kooperation Pflegekinderdienst – Vormünder. Information: Sozialdienst katholischer Frauen, Landesverband Bayern e.V., Bavariaring 48, 80336 München, Tel.: 089/53 88 60-0, E-Mail: landesverband@skfbayern.de

16.-18.7.2014 Bad Boll. 15. Süddeutsche Hospiztage. Ethik und Würde des Menschen am Lebensende. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Internet: www.ev-akademie-boll.de

25.-26.8.2014 Erkner. Akademietagung zur effektiven und effizienten Steuerung des Sozialhilfeträgers in der Wohnungsnotfallhilfe nach §§ 67 ff. SGB XII. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Herr Jürgen Berenfänger, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, -606, -419, E-Mail: berenfanger@deutscher-verein.de

28.8.2014 Münster. Fachkurs: Vorbereitung auf die Erstzertifizierung von Familienzentren. Information: Institut für soziale Arbeit e.V., Studtstraße 20, 48149 Münster, Tel.: 02 51/92 53 60, E-Mail: info@isa-muenster.de

10.-12.9.2014 Köln. 10. Kinderschutzforum – Kindgerecht. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

11.-13.9.2014 Dortmund. 8. Bundesweiter Workshop: Rekonstruktive Forschung in der Sozialen Arbeit. Information: Prof. Dr. Claudia Streblov, Fachhochschule Dortmund, FB Angewandte Sozialwissenschaften, Emil-Figge-Straße 44, 44227 Dortmund-Barop, Campus Nord 02 31/755 51 94, E-Mail: claudia.streblov@fh-dortmund.de

15.-16.9.2014 Mainz. Seminar: MiniMax-Interventionen und unterstützende Visualisierungstechniken. Information: Institut Fort- und Weiterbildung, Katholische Hochschule Mainz, Saarstraße 3 (Haus 1; 2. OG), 55122 Mainz, Tel.: 061 31/28 94 44 30, E-Mail: ifw@kh-mz.de

17.-19.9.2014 Würzburg. Fortbildung: Die Stellungnahme der Jugendhilfe im Strafverfahren. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Frau Marion Tschertner, Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 42, E-Mail: tschertner@dvji.de

mentare der jeweiligen Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen. Bestellschrift: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin, Tel.: 030/860 01-110, Internet: www.paritaet-berlin.de

DRK-Projekte zur Weiterentwicklung des Ehrenamts. Seit dem Sommer 2011 gibt es eine Internet-Plattform, die unter besonderer Berücksichtigung des Themas „Ehrenamt weiterentwickeln“ über verschiedene Projekte des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Sachsen berichtet. Ein wesentlicher Bestandteil der Initiative ist die Beratung, wofür derzeit zwölf Verbandsmitglieder in einer Schulung mit dem Schwerpunkt Ehrenamtsmanagement ausgebildet werden. Weiteres findet sich unter www.mitmischen.blogspot.de im Internet. *Quelle: couragiert März 2014*

GESUNDHEIT

Broschüre der AOK für chronisch Kranke. Die AOK Nordost hat eine Leistungsbroschüre in großer Schrift und leicht verständlicher Sprache herausgegeben, die über die Angebote der Krankenkasse für chronisch kranke Menschen informiert. Die Broschüre ist unter der Rufnummer 0800/265 08 00 oder per E-Mail unter service@nordost.aok.de kostenlos erhältlich. *Quelle: praxis aktuell 1.2014*

Patientenbefragung zur therapeutischen Versorgung. Durch eine Änderung der Heilmittelrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) können Menschen mit schweren Behinderungen eine langfristige Heilmittelbehandlung wie zum Beispiel Physiotherapie, Logopädie oder Ergotherapie beantragen. Entsprechende Verordnungen werden bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen als Praxisbesonderheiten anerkannt, sofern eine der vereinbarten Diagnosen zugrunde liegt. Die Patientenvertretung im G-BA möchte nun anhand einer Patientenbefragung überprüfen, ob sich das neue Verfahren bewährt hat. Wer teilnehmen möchte, kann den Fragebogen per E-Mail unter der Anschrift presse@vdk.de anfordern. Für Rückfragen steht die Rufnummer 030/726 29-04 00 zur Verfügung. *Quelle: VdK Zeitung Mai 2014*

Online-Recherchedatenbank zur Qualitätssicherung der Pflege. Um die Orientierung über Qualitätsmaßstäbe in der Pflege zu vereinfachen, hat die Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) eine Internetseite eingerichtet, die in einer Darstellung von derzeit 90 deutsch- und englischsprachigen Dokumenten einen Überblick über geltende Leitlinien und Standards bietet. Darüber hinaus findet sich hier ein Verzeichnis nationaler und internationaler Organisationen, die Informationen für die Zielgruppe der pflegebedürftigen Menschen bereitstellen. Auf der Grundlage zweier wissenschaftlicher Studien eröffnet die unter <http://lls.zqp.de> abrufbare

Datenbank Lehrenden, Studierenden und Praktizierenden differenzierte Antworten auf Fragen der pflegerischen Versorgung. *Quelle: Devap impuls 1.2014*

Broschüre zum Versicherungsschutz. Mit Blick auf den Krankenversicherungsschutz von Menschen, die (noch) nicht versichert sind, hat das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium eine Informationsbroschüre herausgegeben. Diese wendet sich unter dem Titel „Noch nicht krankenversichert? – Was tun?“ an haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte in der Verwaltung und der Sozialen Arbeit. Eingegangen wird insbesondere auf die Belange von Migrantinnen und Migranten, von Auslandsrückkehrenden, von Menschen ohne festen Wohnsitz, von ehemaligen Strafgefangenen und von vormals freiwilligen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen, die wegen Zahlungsverzugs aus der Krankenversicherung ausgeschlossen wurden. Die Handreichung kann kostenlos per E-Mail unter bestellservice@msagd.rlp.de oder postalisch beim Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz angefordert werden. *Quelle: Pressemitteilung des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vom 15.4.2014*

JUGEND UND FAMILIE

Adoptionsrechte für Homosexuelle. Der Plan der Koalitionsfraktionen, eingetragenen Lebenspartnerschaften mehr Adoptionsrechte zuzugestehen, stand im Mittelpunkt einer öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages. Union und SPD hatten einen Gesetzentwurf vorgelegt, der homosexuellen Paaren die sogenannte Sukzessivadoption gestatten will: Danach sollen Lesben und Schwule ein Kind, das von ihrem Partner bereits adoptiert worden ist, nachträglich ebenfalls adoptieren können. Die Grünen fordern in einer eigenen Gesetzesvorlage, alle Vorschriften, die Ehepaare betreffen, in vollem Umfang auf Lebenspartnerschaften zu übertragen. Nach bisherigem Recht können Homosexuelle das leibliche Kind des Partners adoptieren, was als „Stiefkindadoption“ firmiert. Verboten ist hingegen solchen Partnerschaften bislang die Sukzessivadoption, die laut Bürgerlichem Gesetzbuch Ehepaaren vorbehalten ist. Die Untersagung von Sukzessivadoptionen bei Lebenspartnerschaften ist laut dem Bundesverfassungsgericht mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Mit ihrem Gesetzentwurf will die Koalition nun diese Vorgabe umsetzen. Auf das Recht zur gemeinsamen Adoption eines Kindes müssen Lesben und Schwule jedoch weiterhin verzichten, diese soll vor allem auf Drängen der Union auch in Zukunft Ehepaaren vorbehalten bleiben. *Quelle: hib vom 30.4.2014*

Kampagne zur Rettung von Kinderstationen. Da im Zeitraum 1991 bis 2012 aufgrund von Budgetzwängen fast jede fünfte Abteilung für Kindermedizin geschlossen

und eine hohe Anzahl von Krankenhausbetten in der stationären Kinder- und Jugendmedizin gestrichen wurden, initiierten die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin und die Gesellschaft der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen in Deutschland am 11. April 2014 die Kampagne „Rettet die Kinderstation“, in deren Rahmen mittels Plakaten in Gesundheitseinrichtungen und an Straßen und Plätzen in Berlin auf die bedrohliche Situation aufmerksam gemacht werden soll. Da die hohen Vorhaltekosten immer weniger über Fallpauschalen abgedeckt würden, gerieten die Kinderkliniken und -abteilungen zusehends in die roten Zahlen. Empfehlenswert seien Finanzierungshilfen, die Erhaltung der Ausbildung zur Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und die Absicherung und Etablierung pädiatrischer Spezialambulanzen für chronisch kranke Kinder und Jugendliche (siehe auch die Website www.rettet-die-kinderstation.de). *Quelle: Das Krankenhaus 5.2014*

Alle anders verschieden. Methodenbuch zur Gestaltung inklusiver internationaler Jugendbegegnungen. Hrsg. Kreisau-Initiative e.V. BHP Verlag, Berlin 2013, 161 S., EUR 11,- *DZI-E-0858*
Seit dem Jahr 2005 bietet die Kreisau-Initiative in Zusammenarbeit mit Einrichtungen anderer Länder verschiedene Möglichkeiten internationaler und inklusiver Jugendbegegnungen. Die auf dieser Grundlage entstandene

Broschüre widmet sich den hierbei angewandten partizipativen Ansätzen und ihrer Umsetzung in die Praxis. Das Spektrum reicht von der Vermittlung historischer und politischer Zusammenhänge über die Beschreibung von Workshops zum Thema „Natur und Nachhaltigkeit“ bis zur Förderung von Empowerment durch unterschiedliche Strategien der Selbst- und Fremdrelexion. Bei der Konzeption der Methoden wurde Wert darauf gelegt, Gelegenheiten für erfahrungsorientiertes und informelles Lernen zu schaffen und die Eigenverantwortung der Teilnehmenden zu stärken. Die mit Bildern und Piktogrammen versehene Publikation ist auch in polnischer Sprache erhältlich. Bestellschrift: BHP Verlag, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, Internet: www.bhponline.de

Diskussionspapier zum Übergang von der Schule in den Beruf. Beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder den Arbeitsmarkt verlieren Jugendliche nicht selten den Anschluss, eine Tendenz, die durch die häufig mangelnde Abstimmung der zuständigen Behörden noch verstärkt wird. Dieser Problematik widmet sich die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe in dem Diskussionspapier „Junge Menschen am Übergang von Schule zu Beruf“, das unter www.agj.de/Aktuell.83.0.html im Internet veröffentlicht wurde. Beschrieben werden Angebote wie die Schulsozialarbeit, die beglei-



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen.
Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

 **Bank für Sozialwirtschaft**

Berlin | Brüssel | Dresden | Erfurt | Essen | Hamburg | Hannover | Karlsruhe | Kassel
Köln | Leipzig | Magdeburg | Mainz | München | Nürnberg | Rostock | Stuttgart

www.sozialbank.de

tende Beratung zur Berufs- und Lebensorientierung und die Nachqualifizierung junger Menschen ohne Berufsausbildung sowie der Handlungsbedarf an der Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Arbeitswelt. *Quelle: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe 4.2013*

Wohlergehen junger Menschen. Hrsg. SOS-Kinderdorf e.V. Selbstverlag. München 2013, 207 S., EUR 3,50 *DZI-E-0885*

Zum Thema „Wohlergehen, Befähigung und Handlungswirksamkeit als Konzepte der Kinder- und Jugendhilfe“ fand im November 2012 eine Fachtagung statt, deren Beiträge in dieser Dokumentation wiedergegeben sind. Unter Zugrundelegung des Capability-Ansatzes nach Amartya Sen befassten sich die Diskussionen mit Fragen der Erziehungsarbeit, mit der Bedeutung von gelebten Erfahrungen und Ermöglichungsräumen für die Realisierung von Verwirklichungschancen und mit dem Stellenwert von Parametern wie Vertrauen, Selbstwirksamkeit und Autonomie in der Kinder- und Jugendhilfe. Berücksichtigt wurden insbesondere die Entwicklungs Herausforderungen im Jugendalter, die Bedeutung von Bildung, die pädagogische Arbeit in einem SOS-Kinderdorf, die Hilfeplanung, die Förderung der Medienkompetenz und der Übergang von der Schule in den Beruf. Bestellanschrift: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut (SPI), Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-432, Internet: www.sos-fachportal.de

sen Erscheinungsformen in Bürgerplattformen, in der Gemeinwesenarbeit und der Gewerkschaftsarbeit, wobei auch Fragen hinsichtlich des Trainings der Methode und der Finanzierung Berücksichtigung finden. Zahlreiche Beiträge zu einzelnen Projekten, Kampagnen und Initiativen beleuchten die Praxis in mehreren deutschen Regionen, in der Republik Moldau, in der Slowakei und in Großbritannien. Darüber hinaus wird ein Blick auf die Geschichte sowie auf aktuelle Herausforderungen der thematisierten sozialräumlichen Strategie geworfen. Bestellanschrift: Stiftung Mitarbeit, Eller Straße 67, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/604 24-0, Internet: www.mitarbeit.de

Kompetenzkatalog für Fachpflegekräfte auf der Intensivstation. Als Grundlage für die zukünftige, über Landesverordnungen geregelte Weiterbildung in der Intensivpflege hat die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) einen auf dem „Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen“ basierenden Kompetenzkatalog erstellt, in dem die jeweils nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten für acht Bildungsniveaus festgelegt sind. Da viele Intensivpflegekräfte vormals ärztliche Aufgaben übernahmen, würden die bisherigen Weiterbildungsordnungen der Realität in der Intensivmedizin nicht mehr gerecht. Der Kompetenzkatalog für die Fachpflegekräfte ist im Internet unter www.divi.de/empfehlungen/pflegekompetenzen.html einsehbar. *Quelle: Pressemitteilung der DIVI vom 22.4.2014*

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes am 1. April 2012 haben zugewanderte Menschen die Möglichkeit, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit eine im Ausland erworbene Berufsqualifikation anerkennen zu lassen. Dies wird vorausgesetzt, wenn sie einen reglementierten Beruf, wie beispielsweise im Gesundheits- oder Bildungswesen, in Deutschland ausüben wollen. Nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) werden die meisten Anträge bewilligt. Erste Ergebnisse des im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführten Projekts „Monitoring der Umsetzung des Anerkennungsgesetzes des Bundes als Beitrag zur Qualitätssicherung“ zeigten, dass das Verfahren und die Unterstützungsstrukturen stark genutzt würden. Um die Umsetzung des Gesetzes noch erfolgreicher zu machen, sei es wichtig, Hürden abzubauen und die teilweise je nach Bundesland unterschiedlichen Modalitäten zu vereinheitlichen. Die gesetzlich vorgeschriebene Evaluation werde derzeit im BIBB vorbereitet. Ausführlichere Informationen vermitteln die Internet-Portale www.erkennung-in-deutschland.de und www.bibb.de/de/wlk64579.htm. *Quelle: Pressemitteilung des BIBB vom 28.4.2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Neues Angebot der Bundesagentur für Arbeit.

Mit dem Ziel, die Kommunikation mit gehörlosen Menschen zu erleichtern, bietet die Bundesagentur für Arbeit seit Ende März dieses Jahres einen computergestützten Service. Betroffene können sich ein Werkzeug aus dem Internet herunterladen und auswählen, in welchen Bereich ihr Anliegen fällt. Danach werden sie über ein Videotelefonat mit einem Gebärdendolmetschdienst verbunden, der die jeweiligen Anfragen direkt an die zuständigen Fachkräfte weiterleitet. Die Inanspruchnahme der Leistung ist kostenfrei. *Quelle: SoVD-Zeitung Mai 2014*

Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Hrsg. Stiftung Mitarbeit. Bonn 2014, 248 S., EUR 12,- *DZI-E-0875*

Der von dem Bürgerrechtler und Soziologen Saul David Alinsky Ende der 1930er-Jahre in den USA entwickelte Ansatz des Community Organizing (CO) wird seit den 1970er-Jahren auch in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel umgesetzt, durch den Aufbau von Netzwerken partizipatorische Strukturen zu schaffen und die Lebensbedingungen sozial benachteiligter Menschen im lokalen Kontext zu verbessern. Dieses Handbuch stellt das demokratische und aktivierende Potenzial der Methode vor. Beschrieben werden die Theorie des CO und des-